

FZ

KFW

Sonderveröffentlichung
Oktober 2017

Medienpartner

E+Z

Das Magazin für Finanzielle Zusammenarbeit



Der blaue Schatz

Internationales Engagement für saubere Meere und Küsten

Die Weltmeere schützen – mit dem Blue Action Fund

Zusammen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat die KfW Entwicklungsbank eine Stiftung zum internationalen Meeresschutz gegründet. Sie trägt den Namen „Blue Action Fund“ und fördert Schutzgebiete, nachhaltige Fischerei und umweltfreundlichen Tourismus. Der Blue Action Fund soll sich zu einem wichtigen Förderinstrument für die Ozeane der Welt entwickeln.

Die Meere sind der größte Lebensraum der Welt. Sie bedecken 70 Prozent der Erdoberfläche, erzeugen 50 Prozent des Sauerstoffs, speichern Kohlendioxid, regulieren das Klima und leisten einen wichtigen Beitrag zur Welternährung. Außerdem beherbergen sie die größte Artenvielfalt, liefern Rohstoffe, dienen als Handelswege und sind ein Quell der Inspiration und Erholung. Rund die Hälfte aller Menschen lebt in der Nähe einer Küste und ist in vielerlei Hinsicht auf ein intaktes Ökosystem Meer angewiesen: So spielt Fisch vor allem in den Entwicklungsländern als Eiweißspender und Einkommensquelle eine entscheidende Rolle. Mangrovenwälder und Korallenriffe schützen vor Sturmfluten und Überschwemmungen. Trotz ihrer großen Bedeutung stehen die Küsten und Meere mehr unter Druck denn je: Ihre Fischbestände werden ausgebeutet, Schadstoffe und Müll landen häufig unbehindert im Meerwasser. Dazu kommen wirtschaftliche Interessen von Tiefseebergbau über Ölförderung bis hin zum Tourismus. Sie alle belasten die Meere und gefährden dieses einzigartige Ökosystem: Rund ein Drittel der Fischbestände gelten bereits als überfischt, zwei Drittel der Korallenriffe – die Kinderstuben der Fische – sind ernsthaft gefährdet.

Um dem entgegenzuwirken, hat die KfW Ende 2016 zusammen mit dem BMZ den Blue Action Fund gegründet. Er unterstützt Nichtregierungsorganisationen bei ihrer Arbeit im Küsten- und Meeresschutz und ist insofern ein neues Förderinstrument in der Entwicklungszusammenarbeit, als er staatliche und nichtstaatliche Akteure zusammenbringt. Gemeinsam können sie schneller mehr erreichen und ihre unterschiedlichen Erfahrungen einbringen: „die KfW unter anderem ihr breites Wissen vom Naturschutz an Land, die NGOs ihr Know-how aus der Zusammenarbeit mit örtlichen Fischern“, beschreibt KfW-Bereichsleiter Stephan Opitz einen der Vorteile der neuen Stiftung. Die ersten Projektskizzen sind entworfen; die konkrete Arbeit beginnt Anfang kommenden Jahres,

wahrscheinlich in den Meeren vor Mosambik und Ecuador – beides marine „Biodiversitäts-Hotspots“. „Wir sind auf sehr gutem Wege“, sagt Opitz. Bis 2019 sollen aus dem Blue Action Fund bereits mehr als ein Dutzend Vorhaben finanziert werden. Die gemeinnützige Stiftung mit einem Anfangskapital von 24 Mio. EUR aus Mitteln des BMZ soll in den kommenden Jahren neue Geber gewinnen und dadurch ihre Reichweite nach und nach erhöhen. Schweden will sich mit ca. 5 Mio. EUR beteiligen, andere Länder erwägen eine Zusammenarbeit. „Unser Ziel ist“, so Opitz, „dass sich der Blue Action Fund zu einem maßgeblichen Akteur im internationalen Meeresschutz entwickelt.“

Friederike Bauer

An der Küste Mosambiks legen seltene Schildkröten ihre Eier ab.



„Die Menschen ins Boot holen“

Die Meere sind bedroht: Klimawandel, Müll und Überfischung gefährden die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen, vor allem in ärmeren Ländern. KfW-Bereichsleiter Stephan Opitz erläutert im Interview, warum sich die KfW inzwischen stärker im Meeresschutz engagiert und welche Strategien die größten Erfolge versprechen.



Stephan Opitz
Mitglied
der Geschäfts-
bereichsleitung

Bei den Vereinten Nationen hat im Juni die erste internationale Konferenz zu Ozeanen stattgefunden. Hat die Weltgemeinschaft den Handlungsbedarf erkannt?

Das denke ich schon. Bei der Bestimmung der Sustainable Development Goals im Jahr 2015 war der Schutz der Ozeane zunächst gar nicht vorgesehen, wurde erst auf Druck der kleinen Inselstaaten aufgenommen. Jetzt haben wir mit SDG 14 ein eigenes Ziel genau dafür. Und vor kurzem hat die erste globale Ozean-Konferenz in New York stattgefunden. Das sind alles Hinweise darauf, dass sich hier etwas verändert.

Warum hat das so lange gedauert, die Überfischung ist nicht erst seit gestern ein Thema?

Das hat viele Gründe. Anders als auf dem Land sieht man bei den Meeren nicht sofort, was passiert. Weder den Verlust noch den Erhalt. Bei Schutzgebieten an Land kann man Elefanten, Löwen und Pandas anschauen. Mit diesen „Schlüsseltieren“ können wir

uns identifizieren; das erhöht den Druck. Nicht so beim Meer; hier liegen die Schätze unter Wasser: Korallen, Seegraswiesen und Fische sind nur zu sehen, wenn man abtaucht. Das macht den Meeresschutz in der Vermittlung schwieriger.

Trotzdem muss dringend etwas unternommen werden.

Ja, das ist die wichtige Botschaft, die wir von der Konferenz in New York mitgenommen haben. Die Meere sind ernsthaft in Gefahr – Stichworte Überfischung, Müll, wirtschaftliche Nutzung – und dagegen müssen wir dringend vorgehen.

Kann man das Ganze überhaupt noch umkehren?

Das hat man sich auch bei Naturschutzgebieten auf dem Land gefragt. Etwa in Amazonien, einem Gebiet, das entscheidend ist für den Klimaschutz. Die Entwaldungsrate sei nicht zu stoppen, hieß es damals. Binnen Jahrzehnten werde es dort keinen Wald mehr geben. Doch genau im Amazonas-Gebiet sehen wir: Die Entwaldungsrate ist zurückgegangen, weil hier – auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit – in vielen Gegenden Schutzkonzepte aufgelegt wurden. Konzepte, die die Menschen mitnehmen, ihnen eine wirtschaftliche Perspektive bieten, ohne den Wald zu zerstören. Das sind Erfolge mit Ansätzen, die man beim Meeresschutz ganz ähnlich anwenden kann.

INITIATIVEN FÜR MEERESSCHUTZ

Der Schutz der Meere ist eine Überlebensfrage der Menschheit. Deshalb geht Deutschland voran: Mit dem 10-Punkte-Aktionsplan „Meeresschutz und nachhaltige Fischerei“ verstärkt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sein Engagement für die Meere. Für die Umsetzung des Aktionsplans stellt das BMZ insgesamt rund 440 Mio. EUR zur Verfügung. Doch ebenso wichtig wie die finanziellen Mittel sind die richtigen Partner, gute Ideen und ehrgeizige Ziele. Das alles vereint das BMZ in zwei neuen Meeresschutzinitiativen: dem Blue Action Fund gemeinsam mit der KfW und der Initiative für Mangrovenschutz „Save our Mangroves now“ gemeinsam mit dem WWF und der Weltnaturschutzunion IUCN. Denn „ein ‚Weiter so‘ ist keine Option. Die Meere stehen kurz vor dem Kollaps – und ohne sie ist ein Leben, wie wir es kennen, nicht möglich“, so Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller.

www.bmz.de/themen/meeresschutz



Der Meeresschutz nützt auch traditionellen Fischern wie diesem in Vietnam.

Wie genau könnte das gehen?

Auch im Meer kann man schnell Wirkungen erzielen: Dort, wo Artenvielfalt respektiert, geschützt und nachhaltig gewirtschaftet wird, erholt sich das Meer erstaunlich schnell. Es ist noch nicht zu spät, aber wir müssen konsequent handeln.

Was muss Ihrer Ansicht nach als Erstes geschehen?

Als Erstes sollten wir bestehende Meeresschutzgebiete funktionsfähig bekommen. Manche Schutzgebiete existieren nur theoretisch; man nennt sie deshalb „paper parks“. Diese Parks so zu gestalten, dass sie Wirkung entfalten, dass sich Fischbestände erholen können, ist wichtig. Im Moment haben wir offiziell rund drei Prozent unter Schutz gestellt; zehn Prozent ist das internationale Ziel. Das heißt, wir müssen bestehende Gebiete aktivieren und neue einrichten.

Wie kann man erreichen, dass dort nicht oder nur so viel gefischt wird, wie erlaubt ist?

Wir müssen die Menschen ins Boot holen. Genau wie an Land. Wir wissen inzwischen: Sobald man irgendwo sogenannte „No-take-zones“ einrichtet und sich mit den örtlichen Fischern darüber verständigt, profitieren am Ende alle. Wichtig ist, dass die Fischer wissen:

Hier ist ein Schutzgebiet, hier gelten bestimmte Regeln. Werden sie eingehalten, gibt es mittel- bis langfristig wieder höhere Erträge aus dem Meer.

Viele Fischer sind arm. Brauchen sie nicht einfach heute die Einnahmen, auch wenn sie dadurch weniger verdienen?

Das kann ein Zielkonflikt sein. Aber häufig ist die Situation so, dass Fischer nichts mehr finden, weil alles leer gefischt ist. Sie können sich schon keinen kurzfristigen Vorteil mehr verschaffen und verstehen deshalb genau, dass in Schutzgebieten eine Chance für sie liegt.

Sie sprechen von nachhaltiger Fischerei, gewissermaßen im Kleinen. Häufig kommen aber große Trawler und fischen mit nicht nachhaltigen Fangmethoden die Meere leer. Was kann man dagegen unternehmen?

Moderne Kommunikationsmittel bieten hier inzwischen gute Möglichkeiten zur Kontrolle, etwa mit satellitengestützter Technik. Damit kann man auch die großen Trawler orten und feststellen, welche Schiffe illegal gefischt haben.

Wir sind aber weit entfernt von einem international lückenlosen Kontrollsystem der Weltmeere ...

Das gibt es bisher nicht, richtig, und wird auch so bald nicht kommen. Aber die Schutzgebiete besser zu kontrollieren, halte ich für ein wichtiges Ziel.

Ein weiteres Problem ist der wachsende Plastikmüll in den Meeren. Manche hoffen, dass man ihn bald mit schwimmenden Kläranlagen oder riesigen Rüs-seln aus dem Wasser ziehen kann. Was sagen Sie zu solchen Ideen?

Ich halte solche technische Lösungen derzeit nicht für aussichtsreich, weil die Partikel sehr klein sind. Außerdem ist der Müll weit verstreut. Unserer Ansicht nach muss man vorher anfangen und versuchen, Müll erst gar nicht ins Meer gelangen zu lassen, durch geordnete Abfall- und Kreislaufsysteme.

Wie stark engagiert sich die KfW im Küsten- und Meeresschutz?

Er macht ungefähr zehn Prozent unserer Aktivitäten im Bereich Biodiversität aus, die wir im Auftrag und mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) umsetzen. Wir betrachten ihn aber als aufstrebendes Thema.

Die KfW hat gerade den „Blue Action Fund“ zum Meeresschutz gegründet. Warum?

Mit ihm können wir Projekte schneller, breiter und gezielter umsetzen, weil wir mit großen internationalen Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten. Im Moment verfügt er über ein Stiftungsvermögen von 24 Mio. EUR aus Mitteln des BMZ; wir streben durch weitere Geber ein Volumen in der Größenordnung von 100 Mio. EUR an. Der Bedarf ist da; es ist fünf vor zwölf.

Die Fragen stellte Friederike Bauer.

Korallenriffe und Mangrovenwälder erhalten

Die karibischen Inseln sind bekannt für ihre Vielfalt an Pflanzen, Fischen und anderen Tieren – doch dieses Naturwunder ist bedroht. Der Anstieg der Meerestemperatur schädigt Korallenriffe, der Fischreichtum schwindet und in Strandnähe breiten sich Hotels aus. Zur Unterstützung lokaler Meeresschutzgebiete finanziert die KfW im Auftrag der Bundesregierung seit 2010 den Caribbean Biodiversity Fund.

Korallenriffe mit einem Gesamtumfang von zwei Millionen Hektar, ausgedehnte Mangrovenwälder und über 1.400 Fischarten machen die karibischen Inseln zu einem der weltweit fünf wichtigsten Hot Spots der Artenvielfalt. Das karibische Meer bietet auch zahlreichen wandernden Tierarten Schutz. So leben hier etwa sechs von sieben der vom Aussterben bedrohten Arten von Meeresschildkröten. Biologen zählen 300 Vogel- und Säugetierarten, die nur hier vorkommen.

Um diese biologische Vielfalt und die Naturressourcen in der Karibik zu schützen, wurde der Caribbean Biodiversity Fund gegründet. Sein Sekretariat liegt auf den Bahamas, je ein Vertreter der Nichtregierungs-

organisation The Nature Conservancy und der KfW sitzen im Aufsichtsgremium. Um die Ausweisung neuer und den Erhalt bestehender Schutzgebiete zu decken, benötigt der Caribbean Biodiversity Fund ein Volumen von mindestens 40 Mio. USD. Die KfW allein steuerte im Auftrag des BMZ 20 Mio. EUR bei, The Nature Conservancy und andere Geber zahlten weitere Mittel ein.

Elf Länder und Territorien haben bereits Nationale Naturschutzfonds eingerichtet, die aus dem zentralen Caribbean Biodiversity Fund Mittel erhalten, um damit die jeweils nationalen Schutzgebiete zu fördern, etwa durch Kauf von Booten für Patrouillen, Revitalisierung von Biotopen oder Ausweitung der

Gebiete. Beteiligt sind Antigua und Barbuda, Bahamas, Dominikanische Republik, Grenada, Haiti, Jamaika, Puerto Rico, St. Kitts und Nevis, St. Lucia sowie St. Vincent und die Grenadinen, die sich 2008 zur Caribbean Challenge Initiative zusammengeschlossen haben, mit dem Ziel, 20% ihrer Küstenzone unter Schutz zu stellen, und zwar bis zum Jahr 2020.

Während der Anfangsphase wird die KfW die Geschicke des Fonds begleiten, um sich dann zurückzuziehen und die Verantwortung der Stiftung zu übergeben, die den Fonds trägt. Es wird davon ausgegangen, dass der Fonds bis dahin genügend Rendite abwirft, um gemeinsam mit weiteren Einnahmen der nationalen Naturschutzfonds wie etwa Eintrittsgeldern den Bedarf der Meeresschutzgebiete zu decken.

Vom Schutz der biologischen Vielfalt profitieren nicht zuletzt auch die lokale Wirtschaft und damit die Menschen. In der Karibik summieren sich die Einnahmen aus Fischerei und Tourismus auf 80 Mrd. USD jährlich. Viele Menschen sind von diesen Einkommensquellen abhängig, die auf der natürlichen Vielfalt der karibischen Inseln beruhen.

Charlotte Schmitz

Tropische Fische und Korallen im Roten Meer.



Alles andere als Abfall

Gerade die in Schwellen- und Entwicklungsländern schnell wachsenden „Megacities“ und urbanen Ballungsräume müssen Lösungen für ihre rasant zunehmenden Müllmassen finden. Der Aufbau nachhaltiger Abfallmanagementsysteme stellt jedoch eine große Herausforderung dar und ist langwierig. Die KfW Entwicklungsbank plant, ihr Engagement im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu intensivieren, und entwickelt dabei neue Konzepte, um die Potenziale des Sektors zu mobilisieren. Ein Beispiel ist Tunesien.

Werden Abfälle nicht entsorgt, ist dies nicht nur ein Ärgernis, sondern es birgt viele Risiken in sich. Müllablagerungen verschandeln die Landschaft und kontaminieren nutzbare Flächen. Sie sind Brutstätten für Krankheitsüberträger und Nahrungsquelle für Ratten und Ungeziefer. Besonders die ärmere Bevölkerung ist hiervon schutzlos betroffen. „Wilde“ Müllkippen verunreinigen das Trinkwasser und gefährden Gewässer, Luft, Boden, Flora und Fauna. Auch das Klima leidet darunter. Zehn bis 15% der gesamten nationalen Treibhausgasemissionen eines Landes könnten durch gutes Abfallmanagement und Recycling vermieden werden.

Die Kommunen – in der Regel für die Müllentsorgung zuständig – sind der komplexen Aufgabe kaum gewachsen. Die Abfallentsorgung „verschlingt“ einen großen Teil ihrer oft knappen Mittel. Kommunen in Entwicklungsländern verwenden zwischen 20 und 50% ihres Budgets allein für die Sammlung von Abfällen. Dennoch erhalten viele Bewohner keine geregelten Entsorgungsdienstleistungen. Ein Teil der Abfälle – hauptsächlich in den Armutssiedlungen – wird überhaupt nicht abtransportiert und bleibt im Wohnumfeld liegen.

Ein Land, das die KfW Entwicklungsbank seit Ende der 1990er Jahre



Zum Recycling ist eine sortenreine Müllsammlung sehr wichtig: Plastikverschlusskappen in Tunesien.

beim Aufbau einer geordneten Abfallwirtschaft unterstützt, ist Tunesien. Seit 2002 konnte das Land über seinen nationalen Träger „ANGed“ sukzessive eine Basisentsorgungsinfrastruktur schaffen, die etwa 85% der Bevölkerung erreicht. Sie besteht vor allem aus Abfallumladestationen und geordneten Deponien und erfüllt die Grundanforderungen an eine umweltverträgliche Entsorgung.

Bereits im Jahr 2008 wurden erste Konzepte entwickelt, um die

Müllentsorgung in Tunesien hin zu einer Kreislaufwirtschaft weiterzuentwickeln, erklärt Wolfgang Pfaff-Simoneit, Technischer Sachverständiger im Team Wasser- und Abfallwirtschaft MENA (Middle East/North Africa) bei der KfW. Kreislaufwirtschaft bedeutet, dass die eingesetzten Rohstoffe wieder vollständig in den Produktionsprozess zurückgelangen sollen, wobei neben dem Recycling von Gütern die Verwertung der organischen Abfälle, die über 60% des Aufkommens

ausmachen, im Fokus steht. Die Umwälzungen der tunesischen Revolution, die 2010 begann, haben die Rahmenbedingungen für die Planung und Umsetzung von Entsorgungsanlagen grundlegend verändert. Die Bevölkerung stelle das Verwaltungshandeln in Frage und die Akzeptanz von Entsorgungsanlagen sei drastisch zurückgegangen. Die ANGED ist nun dabei, sich auf die neuen Anforderungen einzustellen. Sie ist gefordert, ihr Handeln gegenüber der Öffentlichkeit zu begründen und demokratische Formen und Verfahren der Partizipation der Zivilgesellschaft zu praktizieren. Die KfW unterstützt daher ANGED und tunesische Behörden bei der Entwicklung partizipativer Formen des Verwaltungshandelns („Change Management“) und der Durchführung eines nationalen Dialogs zur Abfallentsorgung.

„Entsorgungsanlagen werden besser akzeptiert, wenn die Menge der Abfälle so weit wie möglich reduziert wird“, erklärt Pfaff-Simoneit. Dann können die für die Entsorgungsanlagen benötigten Flächen reduziert und Umweltrisiken minimiert werden. Für Tunesien habe sich das bisherige Konzept der geordneten Deponie aufgrund der Abfalleigenschaften und klimatischen Bedingungen nicht bewährt, sagt der KfW-Experte.

„Für Tunesien eignet sich eine mechanisch-biologische Abfallbehandlung in besonderer Weise“, so Pfaff-Simoneit, was ein Pilotversuch 2014/2015 belegt hat. Die erforderliche Ablagerungsfläche kann drastisch reduziert und Treibhausgasemissionen nahezu vollständig vermieden werden. Aufgrund der positiven Ergebnisse hat die tunesische Regierung Ende 2016 beschlossen, sämtliche Deponien mit Anlagen zur mechanisch-biologischen

Abfallbehandlung nachzurüsten und neue Anlagen von vornherein mit dieser Technologie auszustatten.

„Abfallsammlung bietet Jobs auch für wenig qualifizierte Menschen.“

Dr. Wolfgang Pfaff-Simoneit

Auch in Tunesien bestätigt sich eine wichtige Erkenntnis zur Abfallwirtschaft: Es ist in Entwicklungsländern nicht sinnvoll, Müll mit möglichst wenig Personal und hohem Maschineneinsatz zu sam-

eln und zu trennen. Die Sammlung und Sortierung von Abfällen bietet erhebliche Chancen, dauerhafte Jobs auch an wenig qualifizierte Menschen zu vergeben. „Es kostet meist nicht mehr, wenn viele Menschen angestellt werden“, erklärt Pfaff-Simoneit. Denn Arbeitskräfte sind nicht teuer, wohl aber die Anschaffung importierter Müllautos und anderer Maschinen. Um Abfälle dauerhaft und wirtschaftlich wiederverwerten zu können, ist es sehr wichtig, sie früh zu trennen und die verwertbaren Bestandteile möglichst sortenrein zu erfassen. In Tunesien übernehmen das Recycling derzeit vor allem informelle Sammler. Maßnahmen im Abfallsektor sollen deshalb auch immer darauf abzielen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der informellen Kräfte zu verbessern.

Sabine Balk

DAS ENGAGEMENT DER DEG: ABWASSER WIEDERAUFBEREITEN

Tourismus und Landwirtschaft sind Ägyptens bedeutende Wirtschaftszweige. Beide Branchen verbrauchen viel Wasser, eine knappe Ressource in Ägypten. Hotels am Roten Meer und auf der Sinaihalbinsel greifen auf aufwändig aufbereitetes Wasser aus Meerwasserentsalzungsanlagen zurück, für die Landwirtschaft ist dies zu teuer. Die Firma TIA aus dem schleswig-holsteinischen Breitenfelde und das Kölner Unternehmen MFT Membran haben hierfür eine Lösung entwickelt: eine Anlage, die Abwasser von Hotelanlagen aufbereitet. Das geklärte Wasser kann dann für Bewässerungszwecke genutzt werden. Vergangenes Jahr wurde eine Pilotanlage in einem Hotel in El Quesir in Betrieb genommen. Damit einher gehen Schulungsmaßnahmen mit dem Ziel, ein Service- und Wartungsnetzwerk mit lokalen Partnern vor Ort aufzubauen. Auch die ägyptischen Behörden und weitere Hotelbetreiber werden zu den Themen Abwasserbehandlung und Wiederverwertung von aufbereitetem Abwasser sensibilisiert. Universitäten und Forschungseinrichtungen sollen einen Wissenstransfer leisten. Die DEG, eine Tochter der KfW Bankengruppe, kofinanziert die Pilotanlage mit Mitteln aus dem develoPPP.de-Programm des BMZ. DeveloPPP.de richtet sich an Firmen, die sich langfristig in Entwicklungs- und Schwellenländern engagieren und ihr unternehmerisches Engagement nachhaltig gestalten wollen.

Ein Leben für die Wildnis

Der südafrikanische Umweltschützer und Menschenrechtsaktivist Andrew Zaloumis erhielt in diesem Jahr den Bernhard Grzimek-Preis der KfW Stiftung für seine Verdienste um den Nationalpark iSimangaliso. Zum rund 330.000 Hektar großen Park gehören auch 220 Kilometer unberührte Küste. Neben Feuchtgebieten umfasst er auch Bergland und Savanne. Der Naturpark ist das erste UNESCO-Weltnaturerbe Südafrikas.

Andrew Zaloumis ist überzeugter Anhänger von Nelson Mandela, dem ersten Präsidenten des freien Südafrika. Dieser machte den Weg frei, damit der Naturpark iSimangaliso („Wunder“ auf Zulu) unter Schutz gestellt werden konnte. Zaloumis war federführend beteiligt, die UNESCO-Verträge dafür auszuarbeiten und den Schutz des Gebiets im nationalen Recht Südafrikas zu verankern.

Die Natur hat ihn schon immer fasziniert. Direkt nach seiner Geburt 1961 in Johannesburg zog die Familie in eine abgelegene Region Sambias. „Ich bin in der Wildnis aufgewachsen“, erklärt der zurückhaltende Mann. Später studierte er in Südafrika Wirtschaft und schloss dann ein Studium der Raumplanung an, um der Wehrpflicht zu entgehen. „Der Apartheidstaat ist dafür verantwortlich, dass ich so gebildet bin“, konstatiert er ironisch. Bei den ersten demokratischen Wahlen Südafrikas



Im Frankfurter Zoo informierte sich Andrew Zaloumis über die Nachzucht afrikanischer Wildtiere.

1994 organisierte er ein Wahlbüro in einer ländlichen Region.

Anschließend konzentrierte sich Andrew Zaloumis ganz auf die Umwelt. Er setzte sich für länderübergreifenden Naturschutz in der Lubombo-Region ein, bevor er 2002 die Leitung des iSimangaliso-Parks übernahm. Er leitete umgehend die Renaturierung von Plantagenflächen und Feuchtgebieten ein. Doch sein Einsatz geht weit darüber hinaus: „Wir haben immer drei Dinge im Blick: Umwelt, Stärkung der Anwohner und Tourismus.“ Heute bietet der Park Tausende von Jobs für die lokale Bevölkerung.

Spektakulär sind die Aktionen, mit denen es gelang, Arten wie Giraffen, Löwen und den Afrikanischen Wildhund wieder anzusiedeln. „Die Wildhunde liegen mir besonders am Herzen“, sagt Zaloumis. Bewundernd erklärt er, wie die Tiere – von denen es nur noch 6.000 Exemplare gibt – viele Kilometer am Tag zurücklegen und riesige Territorien bejagen.

Mit Frau und zwei Kindern lebt Zaloumis mitten im Naturpark. „Der nächste Nachbar ist 15 Kilometer entfernt.“ Zaloumis ist zufrieden. Die Wildnis hat ihn wieder.

Charlotte Schmitz

Impressum Verleger KfW, Anstalt des öffentlichen Rechts, LGc1, Palmengartenstraße 5–9, 60325 Frankfurt am Main
Redaktion Klaus Gühr, Samiera Toma (alle KfW) **Autoren** Sabine Balk, Friederike Bauer, Charlotte Schmitz **Kontakt** info@kfw-entwicklungsbank.de **Gestaltung** Nina Hegemann (FAZIT Communication GmbH) **Fotos** Getty Images/Francisco Goncalves, S. 1; ShaneMyersPhoto/thinkstock, S. 2; KfW-Bildarchiv/Gaby Gerster, S. 3; pcruciatti/thinkstock, S. 4; vlad61/thinkstock, S. 5; KfW-Bildarchiv/photothek.net, S. 6; KfW Bankengruppe/Frank Blümmer, S. 8; **Druck** FAZIT Communication GmbH, Frankfurt am Main **Redaktionsschluss** 22. September 2017
Diese Publikation wurde klimaneutral auf FSC®-zertifiziertem Papier gedruckt.